



MEINUNG  
ZUM TAGE  
von  
Michael Agricola

## Aufgabe vs. Aufgabe

Da kenne sich noch einer aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Mitglied der CDU, wurde als Kandidatin der Union aus CDU und CSU gewählt, die sich seither mit der SPD in einer Bundestagskoalition befindet. Die Rollen dieses Zweckbündnisses waren also relativ klar verteilt – so viel Gemeinsamkeit wie nötig, so wenig Übereinstimmung wie nötig, schließlich will man ja nicht austauschbar wirken – auf dem Weg und am Ende der Legislaturperiode gibt es schließlich immer mal wieder Wahlen zu verlieren.

Dann kamen die Flüchtlinge. Die sind zwar nicht schuld daran, aber in ihrer Masse der Auslöser dafür, dass sich ein lange in seinem Wohlstand ruhendes, selbstzufriedenes Deutschland in ein immer aufgeregter werdendes Volk verwandelte. Und da dieses zumindest teilweise demnächst zur Wahlurne gerufen wird, verloren verschiedene Koalitionäre die Nerven und überboten sich seitdem in bisweilen absurden Scheingefechten, die vielleicht in manchen Ohren gut klingen, aber niemanden weiterbringen.

Im Sattel sitzt trotz diverser hysterischer Anfälle, besonders aus Bayern, gleichwohl noch die gleiche abgeklärte, aber deutlich einsamere Bundeskanzlerin. Verbal beschossen aus verschiedenen Machtzentren der Union, stand ihr zuletzt die SPD stärker zur Seite als viele Parteifreunde.

Inzwischen ist aber auch den Sozialdemokraten aufgegangen, dass sie in den anstehenden Landtagswahlen, vielleicht auch bei der Kommunalwahl in Hessen, nicht dafür belohnt werden, den eingeschlagenen Weg gegen alle Widerstände weiterzugehen. Auch wenn dieser Weg viele Versäumnisse der Vergangenheit nun unter Zeitdruck und parallel nebeneinander angehen muss – weil es keine Alternative gibt, bei der man nur die Rollläden an Deutschlands Grenzen herunterlassen müsste.

Wahlerfolg hat – das muss man in der derzeitigen Stimmungslage befürchten –, wer den Bürgern weismachen will, dass man die Augen schließen und damit das Problem weghexen kann, vor dem man steht. Wer dem verängstigten Volk derart nach dem Mund redet, tut Deutschland aber keinen Gefallen. Es steht mehr auf dem Spiel als die Regierungsbeteiligung in einem Bundesland oder der Einzug einer rechtspopulistischen Partei in die Parlamente. Das hat unsere Demokratie schon häufiger verkräftet.

Es geht darum, was für ein Land Deutschland sein wird, wenn sich die Flüchtlingssituation irgendwann normalisiert. Können wir dann stolz darauf blicken, auch diese Aufgabe gemeistert zu haben – so wie man es offenbar auch nur Deutschland zutraut? Oder müssen wir uns eingestehen, dass wir uns des Problems nur unter Aufgabe oder durch Beugung von elementaren Grundrechten und Werten entledigen konnten?

# Köln: „Polizei informierte Reker korrekt“

Erster Verdächtiger, dem eine Sexualstraftat angelastet wird, ist in Untersuchungshaft · Jetzt 766 Anzeigen

Die Suche nach Tätern aus der Kölner Silvesternacht ist mühsam, doch die Ermittler melden Festnahmen. Die Kölner Polizei wehrt sich gegen den Vorwurf, die Oberbürgermeisterin nicht korrekt informiert zu haben.

**Köln.** Nach den massiven Übergriffen auf Frauen in Köln sitzt erstmals ein Tatverdächtiger wegen einer Sexualstraftat in Untersuchungshaft. Dem 26 Jahre alten Algerier werde vorgeworfen, aus einer Gruppe heraus ein Opfer sexuell genötigt und dabei ein Handy gestohlen zu haben, sagte der Kölner Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer gestern. Bislang kamen nur Männer in Untersuchungshaft, denen Diebstahl, Raub, Hehlerei oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in der Silvesternacht vorgeworfen wurde.

Der 26-Jährige habe sich allerdings noch nicht zu den Anschuldigungen geäußert, sagte Bremer. Er sei am Wochenende zusammen mit einem weiteren Algerier festgenommen worden, der ein Handy gestohlen haben soll. Beide Männer lebten in einer Flüchtlingsunterkunft in Kerpen.

Insgesamt nahm die Polizei am Wochenende nach eigenen Angaben drei Tatverdächtige aus der Silvesternacht fest. Neben den beiden Männern in Kerpen handele es sich bei dem dritten Mann um einen 25 Jahre alten algerischen Asylbewerber, der in Aachen kontrolliert wor-



Polizisten vor dem Kölner Hauptbahnhof. Die gewalttätigen Vorkommnisse der Silvesternacht sorgen noch immer für politische Verwicklungen. Foto: Oliver Berg

den sei und ein in Köln gestohlenes Handy bei sich getragen haben soll. Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen 21 Beschuldigte. Mit den drei Festgenommenen vom Wochenende sitzen nun acht Verdächtige in U-Haft.

In der Kölner Silvesternacht hatten Männergruppen Frauen umzingelt, sexuell bedrängt und bestohlen. Unter den mutmaßlichen Tätern sollen viele Männer aus Nordafrika sein. Auch mehr als zwei Wochen nach den Übergriffen melden sich immer weitere Opfer bei den Ermittlern. Bis gestern wa-

ren nach Angaben der Staatsanwaltschaft 766 Anzeigen eingegangen, rund die Hälfte betrafen Sexualdelikte. Darunter seien auch mindestens drei Anzeigen wegen Vergewaltigung, sagte Oberstaatsanwalt Bremer.

Nordrhein-Westfalens Innenministerium hat die Kölner Polizei unterdessen gegen den Vorwurf in Schutz genommen, Oberbürgermeisterin Henriette Reker nicht richtig über die Übergriffe informiert zu haben. Der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Wolfgang Düren, versicherte in einem gestern veröffentlichten Brief,

„dass es keinerlei Unrichtigkeiten in den Erklärungen der Polizei gegeben“ habe.

Die parteilose Politikerin Reker hatte dem Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers eine Woche nach Silvester das Vertrauen aufgekündigt. In einer Pressemitteilung erklärte sie, sie habe „Informationen insbesondere zur Herkunft von ermittelten Beteiligten aus der Gruppe der Täter“ erst aus der Presse erfahren. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte dazu auf Anfrage, Albers habe Reker „immer über den Stand, den die Polizei hatte, informiert“.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte Albers am 8. Januar nach heftiger Kritik am Agieren der Polizei vor Ort und der anschließenden Kommunikation in den einseitigen Ruhestand versetzt.

Ministeriumssprecher Düren führt in seinem Schreiben aus, dass Albers die Oberbürgermeisterin am 2. Januar telefonisch „über die bis dahin vorhandenen Erkenntnisse unterrichtet“ habe. Bei der Pressekonferenz am 4. Januar habe die Polizei darauf hingewiesen, „dass es sich bei der alkoholisierten Menschenmenge vornehmlich um Personen aus dem nordafrikanisch-arabischen Raum handelte“. In einem Gespräch am 5. Januar habe Albers Reker erneut über den aktuellen Stand informiert. Reker hatte vergangenen Freitag wiederholt, dass sie sich unzureichend informiert fühle.

Düren wies darauf hin, dass es bis zum 5. Januar tatsächlich noch keine Erkenntnisse zu Tatverdächtigen gegeben habe. Erst am 6. Januar seien die ersten drei Tatverdächtigen ermittelt worden. Albers habe Reker folglich am 5. Januar den damaligen Stand richtig wiedergegeben. Zudem habe er öffentlich „differenziert“ berichtet, dass sich unter rund 70 polizeilich kontrollierten Störern, die sich in der Silvesternacht unter den rund 1000 Menschen am Bahnhofsvorplatz befanden, viele mit einer „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“ ausgewiesen hatten. Reker hatte am 5. Januar gesagt, die Behörden hätten keine Hinweise, dass es sich bei den Beteiligten um Menschen aus der „Flüchtlingsgruppe“ handele. (dpa)

## Pariser Anschläge: Marokko nimmt Verdächtigen fest

Belgier soll in Syrien gekämpft und eine direkte Verbindung zu den Attentätern gehabt haben

**Rabat.** Marokkanische Sicherheitskräfte haben einen Belgier festgenommen, der eine direkte Verbindung zu den Attentätern der Pariser Terroranschläge gehabt haben soll. Der Mann mit marokkanischen Wurzeln habe in Syrien in Kontakt mit dem flüchtigen Terrorverdächtigen Salah Abdeslam gestanden, erklärte das Innenministerium in

Rabat gestern. Bei den Anschlägen Mitte November hatten Terrorkommandos 130 Menschen getötet. In einigen Medien wurde Abdeslam als „Logistiker“ der Attentate bezeichnet.

Dem marokkanischen Innenministerium zufolge wurde der Verdächtige in der Stadt Mohammedia nahe Casablanca festgenommen.

Demnach kämpfte er früher in den Reihen der Nusra-Front, des syrischen Ablegers des Terrornetzwerks Al-Kaida. Später sei er zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gewechselt, hieß es weiter. Diese hatte sich zu den Pariser Anschlägen bekannt.

Über die Türkei, Deutschland, Belgien und die Niederlande sei der Mann nach Marokko ge-

kommen, erklärte das Innenministerium. Details zu den Anschuldigungen und seiner Identität nannte es nicht. Es erwähnte nur die Anfangsbuchstaben seines Namens.

Belgische Polizisten hatten im Dezember mehrere Verstecke der Attentäter entdeckt, darunter mindestens eins von Abdeslam, der in Belgien als Staats-

feind Nummer eins gilt. Damit bestätigte sich der Eindruck, dass nach den Terroranschlägen viele Spuren nach Belgien führen. Laut Medienberichten sollen – bisher nicht identifizierte – Hintermänner aus Belgien die Pariser Angriffe gesteuert haben. Die belgische Justiz nahm nach den Anschlägen zehn Personen vorläufig in Haft. (dpa)

## Gutes Miteinander durch „Leitkultur“

CSU will Zuwanderer durch eine Verfassungsänderung auf Werte verpflichten

Kreuth, die Zweite: Nun tagt die CSU-Landtagsfraktion in dem tief verschneiten Alpental. Und sorgt gleich zum Auftakt mit einem neuen Vorstoß für Wirbel.

**Kreuth.** Die CSU will Zuwanderer in der bayerischen Verfassung zur Achtung der deutschen „Leitkultur“ verpflichten. Und diese Verfassungsänderung soll mit allen politischen und rechtlichen Möglichkeiten durchgesetzt werden. Das kündigte Landtagsfraktionschef Thomas Kreuzer gestern zum Auftakt der Winterklausur der CSU-Landtagsabgeordneten im oberbayerischen Wildbad Kreuth an. Er schloss auch ein Volksbegehren und einen Volksentscheid nicht aus, sollte die Opposition nicht mitziehen. Diese reagierte zurückhaltend auf den Vorstoß, dagegen sprach Innenminister Joachim Herrmann (CSU) von einem „guten Vorschlag“.

„Integration muss eine Richtung haben: Wir wollen keine Parallelgesellschaften, keine Multi-Kulti-Gesellschaften, son-

dern wir wollen einen ganz klaren Maßstab, was wir bei der Integration erwarten: Wir denken hierbei an die Leitkultur“, sagte Kreuzer. An der Diskussion darüber, was dieser Begriff bedeute, werde man die Bürger beteiligen – und die Grundsätze in die Verfassung aufnehmen. Der Vorsitzende der CSU-Zukunftskommission, Markus Blume, erklärte, man wolle das festlegen, „was zu einem guten Miteinan-

der beiträgt“. Er sprach von einer Einladung und einer „Orientierungshilfe“ für Zuwanderer. „Leitkultur ist nichts, um uns abzuschotten“, betonte er. In einem Papier dazu legt die CSU dar, was sie unter dem Begriff „Leitkultur“ fasst: etwa das Bekenntnis zur deutschen Sprache, zu Recht und Gesetz. „Wir wollen niemanden in Lederhosen oder Dirndl zwingen (...). Aber wir werden beispielsweise

das Martinsfest auch nicht in Sonne-Mond- und Sterne-Fest umbenennen“, heißt es dort.

Für eine Änderung der Verfassung sind eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag und anschließend die Zustimmung der Bevölkerung in einer Volksabstimmung nötig. Die CSU stellt 101 der 180 Abgeordneten. Zusammen etwa mit den Freien Wählern käme sie aber auf exakt 120. Freie-Wähler-Fraktionschef Hubert Aiwanger sagte: „Es ist grundsätzlich zu begrüßen, unsere Kultur durch die Verfassung zu schützen.“ Die CSU solle sich aber erst einmal ans Grundgesetz halten – nachdem Verfassungsrechtler festgestellt hätten, dass die aktuelle Zuwanderungspolitik gegen das Grundgesetz verstoße.

SPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher betonte: „Auch wir sagen, dass es eine Integrationspflicht geben muss.“ Man werde sich sehr genau ansehen, ob das in der Verfassung stehen müsse. Der Grünen-Landesvorsitzende Eike Hallitzky hält es für „völlig überflüssig, dass die CSU aus reinem Symbolpopulismus an unserer Verfassung rummurt“. (dpa)



Abgeordnete der bayerischen CSU-Landtagsfraktion bei der Eröffnung der Winterklausurtagung in Kreuth. Foto: Peter Kneffel

## Tusk warnt vor hysterischer Polen-Debatte

**Brüssel.** Die Reformen der neuen polnischen Regierung sollen nicht zum Thema beim Februar-Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs werden. „Ich glaube nicht, dass es eine gute Idee ist, die Situation in Polen im Europäischen Rat zu diskutieren“, sagte EU-Gipfelchef Donald Tusk gestern nach einem Gespräch mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda. Mit Blick auf die aktuelle Debatte warnte er vor „hysterischem Verhalten“.

Tusk wies seinen rechtskonservativen Landsmann Duda gleichzeitig darauf hin, dass er den guten Ruf Polens durch die aktuelle Diskussion über die neuen Justiz- und Mediengesetze in Gefahr sieht. Es gehe darum, was die Bürger und Regierungen in den vergangenen 25 Jahren aufgebaut hätten, sagte der frühere Ministerpräsident.

Kritiker der neuen Gesetze in Polen befürchten, dass diese die Unabhängigkeit von Justiz und Medien gefährden. Der polnische Präsident rief zu einem faktenbasierten Dialog auf. Außerdem seien Veränderungen nach einem Regierungswechsel normal. (dpa)